

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Wochentagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Stadt Wilsdruff und den Umgebungen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. 50 Pf. möglich. Abzug 100 Pf. für die Postgebühren. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenspreis: die 6-spaltige Raumzeile 20 Kfg., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3-spaltige Reklameweile im letzten Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorlage und Nachweisungsgebühren verlässlich. Anzeigen werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. Uhr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Jede Kabellage muss über den Auftraggeber in Konkurs gestellt. Ang. nehmen alle Veranlassungen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 249 — 89. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amisblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 24. Oktober 1930

Szenenwechsel.

Die Ernennung des früheren preussischen, dann Reichsinnenministers Severing, eines der prominentesten Führer der Sozialdemokratischen Partei, hat weit über die Grenzen Preussens hinaus eine überaus große Beachtung in der politisch interessierten Öffentlichkeit erregt. Viel gepriesen und viel angegriffen, hat er von 1921 bis 1926 das Innenministerium des größten deutschen Freistaates geleitet und sich damit außerordentlich viele Freunde, aber auch zahllose Feinde geschaffen. Man sprach in Lob und Tadel von einem „System Severing“ und gerade deswegen wird seine sehr plötzliche und die Öffentlichkeit völlig überraschende Ernennung zum Innenminister auf der politischen Linken ebenso bejubelt, wie sie auf der Rechten schärfste Kritik auslösen mußte, die sich ja bereits bis zu einem Mißtrauensantrag der Deutschen Nationalen gegen Severing verdichtet hat; ein solcher ist auch von den Kommunisten eingebracht worden und beide Anträge müssen binnen vierzehn Tagen, also sofort nach Wiederzusammentritt des Landtages, zur Entscheidung kommen.

Man kann auch nicht ganz an dem Zeitpunkt vorbeigehen, an dem diese Ernennung erfolgt ist: Im Reich konnte das Kabinett Brünning den Angriff der Rechts- und Linksopposition nur mit Hilfe der Sozialdemokratie abwehren, aber gleich darauf wurde ihm von derselben Partei auch sehr kühl gesagt, daß man die weitere Unterstützung des Kabinetts von einer ganzen Reihe wirtschafts- und sozialpolitischer Voraussetzungen abhängig mache, über deren Annahme man sich bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages einigen müsse. Die Haltung der Sozialdemokratie am 18. Oktober hat nun ferner dazu geführt, daß im Preussischen Landtag die gegen die Regierung Braun gerichteten Auflösungs- und sonstigen Mißtrauensanträge von den Parteien der „Weimarer Koalition“ glatt abgelehnt wurden, so daß nun der Ministerpräsident, der ja der Sozialdemokratischen Partei angehört, mit Severing eine besonders politisch ungewisshafte stark ausgeprägte Persönlichkeit in die Regierung hineinnehmen konnte und dadurch das Schwerkergewicht seiner Partei im Kabinett vergrößerte. Dieser Ansicht ist man übrigens auch in den Zentrumskreisen, macht daher einige Bedenken geltend und gibt dem neuen Innenminister den dringenden Wunsch mit auf den Weg, sich in den gegenwärtigen parteipolitisch so gespannten Zeiten einer möglichst Objektivität zu befleißigen. In der Abwehr der Angriffe auf den Staat von rechts und von links her wird die Aufgabe Severings von denen erblickt, die ihm politisch nahestehen, und dafür soll eben die langjährige Erfahrung des Neuernannten eingesetzt werden.

Diese neue Szene in der preussisch-deutschen Innenpolitik wird in weiten Kreisen als eine Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses betrachtet; gleichzeitig damit vollzog sich ein anderer, auch nach außen hin deutlicher Szenenwechsel nach rechts hin: im Reichslandbund, der größten agrarischen Organisation. Mitten im politischen Kampf der vergangenen Woche hatte der Reichs-ernährungsminister Schiele das von ihm seit langer Zeit bekleidete Amt im Präsidium niederzulegen, ebenso sein Reichstagsmandat; er war als Führer der Partei des „Deutschen Landvolkes“ in den Wahlkampf gegangen. Bei der Entscheidung des 18. Oktober hatte seine ehemalige Fraktion auf Seiten der Opposition gestanden, also auch gegen Schiele gestimmt. Nun ist es zu einer neuen Amtsniederlegung im Präsidium des Reichslandbundes gekommen; ein weiteres langjähriges Mitglied, der Reichstagsabgeordnete Hepp, hat, obwohl vorher erst wieder in das Drei-Männer-Präsidium hineingewählt, auf sein Amt verzichtet, als Graf Kaldreuth mit der Geschäftsführung beauftragt wurde. Hepp gehört nun gleichfalls der Partei des „Deutschen Landvolkes“ an, ist übrigens früherer Deutsch-Vollparteilicher, — und nun erklärt seine Partei, die Wahl des Grafen Kaldreuth sei ein Vorstoß rechtspolitischer Kräfte im Reichslandbund, die auch schon Schiele verdrängt hätten; gleichzeitig sei außerdem der Führer des Thüringischen Landbundes, der übrigens auch auf der Liste des „Landvolkes“ gewählte Staatsrat Höfer, aus dem Vorstand des Reichslandbundes ausgetreten. Auch er hatte schon vor dem Zusammentritt des Reichstages auf sein Mandat verzichtet. Bisherige die Behauptungen über eine entschiedenere Rechtsentwicklung im Reichslandbund richtig sind und ob sich daraus wirklich, wie von der Landvolkpartei des weiteren erklärt wird, Folgen für die Haltung der westlichen und südwestlichen Bauernorganisationen im Landbund ergeben werden, vermag der Außenstehende natürlich nicht zu sagen. Dauerlich aber bleibt die Feststellung, daß es in den wirtschafts- und parteipolitischen Organisationen der Landwirtschaft offenbar an Differenzen nicht fehlt, gerade in einer Zeit, da im raschen Wechsel der politischen Szenen und angesichts der Agrarkrise besonders fest geschlossene Einigkeit vonnöten ist.

Die Opfer der Berufsbeamten.

Tagung des Deutschen Beamtenbundes.
Auf der Bundestagung des Deutschen Beamtenbundes in Berlin lehnte der Bundesvorsitzende Klügel eine Son-derbelastung der Beamten im Rahmen des Wirtschafts- und Finanzplanes der Reichsregierung ab und gestellte dann die Schärfe der Uruben in unserem Volk durch unverant-

Vor Notverordnungen für den Landwirt

„Deutsches Landvolk“ beim Reichspräsidenten.

Die Beunruhigung der Landbevölkerung.
Der Reichspräsident empfing in Gegenwart des Reichsministers Dr. Schiele die Vertreter der Fraktion Deutsches Landvolk, die Abgeordneten Dörrich, Gercke und Hepp, zu einer längeren Aussprache über die vom Deutschen Landvolk zur Vinderung der Notlage der deutschen Landwirtschaft vorgeschlagenen Maßnahmen. Es wurde noch einmal die Forderung der Landvolkpartei nach sofortiger Einberufung des Reichstages erörtert. Nachdem dabei festgestellt wurde, daß zurzeit diese Forderung nicht erfüllt wird, betonten die Landvolkfürher unter eingehender Darstellung der Lage der Landwirtschaft, daß ein weiteres hinauszögern dringender landwirtschaftlicher Forderungen auf dem Gebiete der Zoll- und Handelspolitik wie bestimmter innenwirtschaftlicher Maßnahmen für die Landbevölkerung und damit für die Gesamtwirtschaft unerträglich sei. Die Abgeordneten wiesen insbesondere darauf hin, daß, wenn nicht in aller Kürze durchgreifende Maßnahmen von Seiten der Reichsregierung Platz greifen würden, die bereits in der Landbevölkerung vorhandene außerordentliche Beunruhigung bis zu einem die Ruhe gefährdenden Ausmaß zwangsläufig gesteigert werden würde. Da zurzeit keine Aussicht besteht, daß das Parlament vor Dezember zusammentritt, so forderten die Landvolkfürher die Ergreifung außerparlamentarischer Maßnahmen zur Vebhebung der dringenden Notstände.

Reichskabinett und Agrarkrise.

Erwägungen über landwirtschaftliche Notverordnungen.
Berlin, 24. Oktober.
Nach den Erklärungen des Reichskanzlers Brüning beim Empfang der Führer der Landvolkpartei und nach deren Empfang beim Reichspräsidenten ist damit zu rechnen, daß das Reichskabinett sich bereits in der aller nächsten Zeit mit den zu erlassenden landwirtschaftlichen Notverordnungen beschäftigen wird. Wie bekannt, steht Reichs-ernährungsminister Schiele auf dem Standpunkt daß eine unverzügliche Regelung der verschiedenen Landwirtschaftsfragen notwendig ist. Die Vorarbeiten für verschiedene in Frage kommende Notverordnungen sind im Reichs-ernährungsministerium soweit gefördert, daß mit ihrem Abschluß in den nächsten Tagen gerechnet werden kann.

20000 Schweine für Rußland.

Entlastung des Ferkelmarktes.
Am deutschen Schweinemarkt zeigt sich eine deutlich sichtbare Tendenz sinkender Preise die sich noch verstärken dürfte, wenn die sehr noch ungeborenen Junger ausgemästet auf den Markt kommen werden. Es bedeutet daher eine nicht geringe Entlastung, wenn jetzt 20000 Schweine nach Rußland exportiert werden sollen. Die russische Handelsvertretung hat mit deutschen landwirtschaftlichen Genossen-

schaften einen Vertrag abgeschlossen, nach dem 20000 deutsche Schweine nach Rußland geliefert werden, und zwar soll es sich dabei ausschließlich um Zuchtvieh handeln. Die Saue n müssen trächtig oder zum mindesten gedekt sein. Trotzdem soll der erzielte Verkaufspreis nicht viel über den Notierungen für Schlachtvieh liegen.

Dieser Export bedeutet nicht nur eine Entlastung des Marktes für den Augenblick, sondern auch auf längere Sicht, da der zu erwartende Preisdruck auf dem Ferkelmarkt dadurch gemildert wird.

Reichslandbund und Landvolkpartei.

Berlin, 23. Oktober. Die am Donnerstagvormittag von der Christlichnationalen Bauern- und Landvolkpartei verbreitete Erklärung zur Präsidentenwahl im Reichslandbund, die sich besonders scharf gegen den neuen geschäftsführenden Präsidenten, Grafen Kaldreuth, richtete, hatte in Berliner politischen Kreisen den Eindruck erweckt, als ob eine Spaltung des Reichslandbundes und die Gründung einer neuen Organisation mit Unterstützung der Landvolkpartei durch den Abgeordneten Hepp bevorstünde. Wie wir von besunterrichteter Seite erfahren, scheint die Erklärung eine derartige Bedeutung nicht zu haben.

Es handelt sich lediglich um eine Erklärung der Pressestelle der Landvolkpartei, die nicht die vorherige Billigung der Parteileitung gefunden hatte.

Wie wir weiter erfahren, lehnen es auch führende Persönlichkeiten der Landvolkpartei ebenso wie Reichs-ernährungsminister Schiele ab, sich mit der Erklärung zu identifizieren. Wie aus Kreisen des Bundesvorstandes mitgeteilt wird, entsprechen die Angaben der Erklärung der Pressestelle der Landvolkpartei über das Zustandekommen der Wahl des Grafen Kaldreuth nicht den Tatsachen. Die außerordentlich starke Mehrheit für Graf Kaldreuth stehle sich aus Vertretern der verschiedenen Richtungen innerhalb des Landbundes zusammen.



Der Wechsel im Präsidium des Reichslandbundes.
Nach dem früheren Rücktritt des Ernährungsministers Schiele wurde Graf von Kaldreuth (rechts) zum vorstehenden Präsidenten des Reichslandbundes gewählt. Daraufhin hat der wiedergewählte Präsident Hepp (links) sein Amt niedergelegt.

wortliche Hege. Der Deutsche Beamtenbund sei gewillt, alles in seinen Kräften stehende zu tun, um den deutschen Volkstaat vor jedem Verfall zu schützen.

gewaltsamer Änderung seiner Verwaltung zu schätzen und zu führen. Es möge dieser Versuch kommen, woher er wolle. Jedoch erfülle der Deutsche Beamtenbund seine oft und gern geübte Pflicht, Dienst am Volksganzen am Staate zu tun.
Reichstagspräsident Löbe erklärte, ein pflichttreuer und wirtschaftlich gesicherter Beamtenstand sei notwendig. Aber auch die Beamenschaft müsse die allgemeine Not des Volkes mittragen.
Drei Forderungen seien hier zu stellen: 1. keine Ausnahmemaßnahmen anderer gleichgestellter Schichten gegenüber, 2. Gerechtigkeit in der Abstufung der den Beamten zugemuteten Opfer, 3. Schutz der untersten Schichten des Beamtentums.
Ministerialdirektor a. D. Professor Dr. Wiedenfeld sprach darauf über: „Der Welthandel und die Probleme der Unternehmungsgebarung unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Verhältnisse.“ Darauf ergriff Reichs-ernährungsminister Dr. Birch das Wort und führte u. a. folgendes aus:
„Die Regierung hält am Berufsbeamtentum fest und sieht wie ihre Vorgängerinnen in ihm ihre Hauptstütze und einen treuen Verbündeten, auf dessen Hilfe bauend sie die schwere Aufgabe auf sich genommen hat, Deutschland aus den Not und Verdrängnissen der Gegenwart, deren Gefahren sie am allerwenigsten verkennt, herauszuführen. Ich hoffe und vertraue, daß die Beamenschaft am Glauben an diesen Standpunkt der Regierung festhält. Gewiß, der Beamtentum wird in dieser Zeit viel, reichlich viel zugemutet, was schmerzlich in ihre Interessen eingreift. Aber wahrlich, die Regierung hätte sich zu solchen Maßnahmen nicht entschlossen, wenn sie eine andere Möglichkeit zur Rettung der Lage gesehen hätte. Wo die Gesamtheit in ihren Lebensbedingungen erschüttert wird, kann nicht ein einzelner Berufsstand unberührt davon bleiben, am wenigsten der Beamtenstand, der am stärksten in der Gesamtheit wurzelt und dessen Mitglieder durch den Eintritt in ihn sich dazu bekannt haben, den ehren-, aber auch entzungsvollen Dienst an der Gesamtheit auf sich zu nehmen.“ Nach Ausführungen über die Stellung des Beamten in der Demokratie und unter der Diktatur beschäftigte sich der Minister mit den wichtigsten beamtentechnischen Fragen.
Er wies dann energisch die Angriffe auf das Berufsbeamtentum zurück, die in Deutschland leider Mode geworden seien, und sprach dem deutschen Beamtentum die volle Anerkennung der Reichsregierung aus, daß es sich trotz aller Angriffe und Verleumdungen noch seinen Aufgaben vom Wege ruhiger Pflichtenwahrung habe abbringen lassen.
Der Vorsitzende Klügel dankte dem Minister und erklärte, die Beamenschaft hätte gewünscht, daß diese klugen und mutigen Worte früher gesprochen worden wären. Zur Verminderung der Not müßten alle herangezogen werden, vor allem auch die, die nach ihrem Vermögen in höherem Maße dazu beitragen könnten.

Amnestie tritt in Kraft.

Zustimmung im Reichsrat. — Trauerkundgebung für Wilsdruff.
Die öffentliche Sitzung des Reichsrates wurde mit einer Trauerkundgebung für die Opfer des Wilsdruffer Grubenunglücks eingeleitet. Die Ansprache hielt an Stelle des verhinderten Reichsarbeitsministers Reichs-ernährungsminister Dr. Birch.
Zu der vom Reichstag beschlossenen Amnestie wurde gegen die Stimmen der Provinz Hessen-Nassau und der Provinz Sachsen beschlossen, von der Einlegung eines Einspruches ab- zusehen. Zugestimmt wurde den Reichstagsbeschlüssen über die Schuldentilgung und das Potentiahdengesetz.